



Antrag

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Halle mahnt.

Rechten Terrorismus stoppen. Antisemitismus, Rassismus und der Verbreitung von Hassideologien mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegenzutreten

Der Landtag möge beschließen:

Am 9. Oktober 2019 versuchte ein feiger, rassistischer, rechtsextremer, antisemitischer und menschenverachtender Attentäter schwer bewaffnet in die Synagoge der Jüdischen Gemeinde in Halle (Saale) einzudringen, in der sich wegen des hohen jüdischen Feiertages Jom Kippur über fünfzig Menschen befanden. Ziel des Täters war es, so viele Jüdinnen und Juden wie möglich in der Synagoge umzubringen. Nachdem das Eindringen in die Synagoge misslungen war, erschoss der Täter vor dem Gotteshaus und in einem Imbiss wahllos zwei Menschen. Im Verlauf seiner Tat versuchte er, weitere Personen zu töten und verletzte auf seiner Flucht zwei Menschen mit Schüssen schwer.

Der Anschlag von Halle führt uns deutlich vor Augen, dass Gewalt und Terror jede und jeden zum Opfer machen kann und eine Bedrohung für unser Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft darstellt. Dem werden wir uns entschieden entgegenstellen.

1. Der Landtag trauert um die Toten des rechtsterroristischen Anschlags vom 9. Oktober 2019 in Halle (Saale) und spricht den Angehörigen der Ermordeten sein tief empfundenes Mitgefühl aus. Der Landtag solidarisiert sich mit allen Verletzten und wünscht ihnen baldige und vollständige Genesung. Der Landtag stellt sich an die Seite aller Betroffenen, die nach dem Anschlag um Normalität ringen und die Unterstützung brauchen, die Tat und ihre Folgen zu bewältigen.
2. Der Landtag von Sachsen-Anhalt spricht im Bewusstsein der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands den Jüdinnen und Juden in Sachsen-Anhalt und der ganzen Bundesrepublik seine volle Solidarität aus. Der Landtag wird sich dafür einsetzen, jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt zu unterstützen und Maßnahmen zum Schutze des Gemeindelebens zu verstärken.

3. Der Landtag dankt allen am 9. Oktober eingesetzten Polizistinnen und Polizisten sowie den Rettungskräften, die unter schweren psychischen und physischen Belastungen ihren Dienst professionell wahrgenommen haben. Durch ihr Agieren konnte der mutmaßliche Täter festgenommen werden. Den Verletzten wurde schnelle Hilfe zuteil.
4. Der Landtag begrüßt die umfangreichen Maßnahmen der Landesregierung zur Hilfe und Unterstützung für die Betroffenen des Anschlags. Der Landtag dankt den Organisationen und Vereinen der Opferhilfe für ihre Arbeit zur Bewältigung der entstandenen Traumata aller Betroffenen.
5. Der Landtag bittet die Landesregierung, alle notwendigen polizeilichen Schutzmaßnahmen zu ergreifen, um Orte jüdischen Lebens und andere bedrohte Orte in Zukunft vor terroristischen Gewalttaten und politisch motivierter Kriminalität zu schützen. Bei der Ergreifung von Schutzmaßnahmen sind die Ergebnisse der Beratung der Innenminister der Länder und des Bundesinnenministers zur Einführung von bundesweit einheitlichen Vorkehrungen zum Schutz von Synagogen vom 18. Oktober 2019 einzubeziehen.
6. Der Landtag begrüßt die Ankündigung der Landesregierung, entsprechend dem Protokoll zum Staatsvertrag mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden eine Vereinbarung zur finanziellen Unterstützung beim baulichen Schutz der jüdischen Gemeinden Sachsen-Anhalts zu treffen und bittet die Landesregierung konkrete Schritte einzuleiten.
7. Der Landtag von Sachsen-Anhalt sieht in Antisemitismus, Rassismus und der Verbreitung von Hassideologien zentrale Probleme der Gesellschaft, denen entschlossen begegnet werden muss. Die Aufklärung über und der Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit muss verstärkt werden.
8. Der Landtag von Sachsen-Anhalt spricht sich für eine konsequentere Strafverfolgung von Straftaten in allen Fällen mit antisemitischem und rassistischem Hintergrund aus.
9. Der Landtag begrüßt die Aktivitäten der Landesregierung und von zivilgesellschaftlichen Organisationen, um gegen Hass und Hetze im Netz vorzugehen. Der Landtag bittet die Landesregierung weiterhin, die Arbeit der in Sachsen-Anhalt eingerichteten Internetstreife der Polizei zu verstetigen und auszubauen.
10. Der Landtag unterstützt die Landesregierung und ihre Aktivitäten, um über Antisemitismus, Rassismus und die Wirkung der Verbreitung von Hassideologien aufzuklären. Der Landtag bittet die Landesregierung, dieses Engagement fortzuführen. Um die Aufklärung noch breiter zu verankern müssen die Themen in der Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, im Bereich der Jugendhilfe aber auch bei Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden eine größere Berücksichtigung finden.
11. Der Landtag bittet die Landesregierung, die historisch-politische Bildung in Schulen zu stärken, um Antisemitismus und Rassismus entgegenzuwirken.

Begründung

Nach dem Anschlag in Halle (Saale) muss allen klar sein, was für ein mörderisches Potential Antisemitismus, Rassismus und die Verbreitung von Hassideologien haben.

Die Toten von Halle und der versuchte Anschlag auf die Synagogengemeinde zeigen in schmerzhafter Unmissverständlichkeit, dass Hass, Hetze und Vorurteile früher oder später zu mörderischen Taten werden.

Nach den Ereignissen von Halle kann nicht zur Tagesordnung übergegangen werden. Alle Demokratinnen und Demokraten müssen gegen Antisemitismus, Rassismus, und der Verbreitung von Hassideologien aufstehen und ihre Solidarität zu ihren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und zu allen, die von Terror und Gewalt bedroht werden, bekunden.

Mit diesem Antrag führen wir den mit dem Beschluss des Landtages vom 29. August 2019 (Drs. 7/4786) „Im Gedenken an Dr. Walter Lübcke: Gewalt- und anderen Straftaten gegen die Demokratie mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegentreten“ eingeschlagenen Weg fort.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender
CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende
SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN